

# Fragen und Antworten zum Lieferkettengesetz



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

Stand: 9. Juni 2021

## 1. Was ist das Ziel des Gesetzes?

- Ziel ist es, den **Schutz grundlegender Menschenrechte** zu verbessern und insbesondere das Verbot von Kinderarbeit durchzusetzen.
- **Auch Umweltbelange sind relevant**, wenn sie zu Menschenrechtsverletzungen führen (z.B. durch vergiftetes Wasser) oder dem Schutz der menschlichen Gesundheit dienen.

## 2. Welche Unternehmen werden vom Gesetz erfasst?

- Ab 2023: Unternehmen mit mehr als **3.000 Mitarbeitenden (900 Unternehmen)**.
- Ab 2024: Unternehmen mit mehr als **1.000 Mitarbeitenden (4.800 Unternehmen)**.
- Danach wird der Anwendungsbereich evaluiert.

## 3. Was sind die wichtigsten Regelungen?

### 1. Verantwortung für die gesamte Lieferkette, dabei abgestufte Anforderungen an die Unternehmen:

Die Anforderungen an die Unternehmen sind abgestuft nach:

1. eigener Geschäftsbereich,
2. unmittelbarer Zulieferer,
3. mittelbarer Zulieferer

**und nach:**

- › Art und Umfang der Geschäftstätigkeit,
- › dem Einflussvermögen des Unternehmens auf den Verursacher der Verletzung,
- › der typischerweise zu erwartenden Schwere der Verletzung,
- › der Art des Verursachungsbeitrages des Unternehmens.

## 2. Externe Überprüfung durch eine Behörde

- › Mit dem **Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle** überprüft eine etablierte Behörde die Einhaltung des Gesetzes.
- › Sie kontrolliert die **Unternehmensberichte**, geht eingereichten **Beschwerden** nach und verhängt im Notfall auch **Sanktionen**.

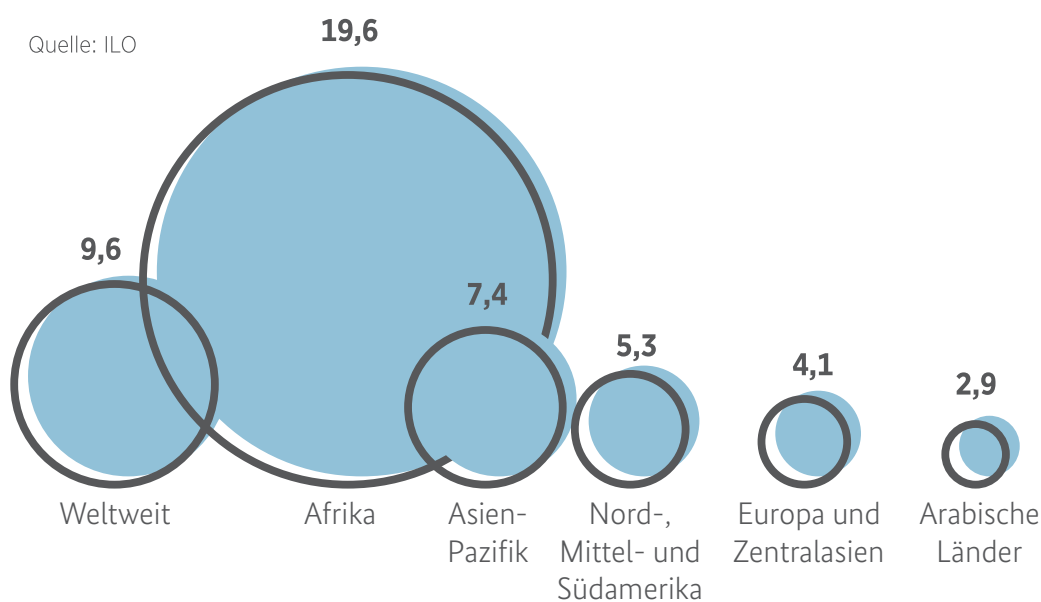
## 3. Mehr Rechte für Betroffene

- › **Betroffene von Menschenrechtsverletzungen** können ihre Rechte nicht nur vor deutschen Gerichten geltend machen, sondern jetzt auch Beschwerde beim **Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle** einreichen.
- › Deutsche Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen dürfen außerdem im Ausland Betroffene bei der Vertretung ihrer Rechte **vor deutschen Gerichten unterstützen** (Prozessstandschaft).

### Jedes 10. Kind muss arbeiten.

Arbeitende Kinder unterhalb des gesetzlichen Mindestalters, Anteil in % (2016)

Quelle: ILO



## 4. Was muss ein Unternehmen im eigenen Geschäftsbereich und beim unmittelbaren Zulieferer tun?

- Unternehmen müssen sowohl im eigenen Geschäftsbereich als auch beim unmittelbaren Zulieferer folgende Maßnahmen umsetzen:
  - › **Grundsatzerklärung** zur Achtung der Menschenrechte verabschieden.
  - › **Risikoanalyse**: Verfahren zur Ermittlung nachteiliger Auswirkungen auf die Menschenrechte durchführen.

- › **Risikomanagement (inkl. Präventions- und Abhilfemaßnahmen)** zur Abwendung potenziell negativer Auswirkungen auf die Menschenrechte.
- › **Beschwerdemechanismus** einrichten.
- › Transparent öffentlich **berichten**.
- **Im eigenen Geschäftsbereich** müssen Unternehmen im Fall einer Verletzung im Inland **unverzüglich** Abhilfemaßnahmen ergreifen, die zwingend zur Beendigung der Verletzung führen.
- Beim **unmittelbaren Zulieferer** muss das Unternehmen einen **konkreten Plan** zur Minimierung und Vermeidung erstellen, wenn es die Verletzung nicht in **absehbarer Zeit** beenden kann.

## 5. Was muss ein Unternehmen beim mittelbaren Zulieferer tun?

- Hier gelten die **Sorgfaltspflichten nur anlassbezogen** und nur wenn das Unternehmen Kenntnis von einem möglichen Verstoß erlangt.
- In dem Fall hat das Unternehmen unverzüglich:
  - › Eine **Risikoanalyse** durchzuführen.
  - › Ein **Konzept zur Minimierung und Vermeidung** umsetzen.
  - › **Angemessene Präventionsmaßnahmen** gegenüber dem Verursacher zu verankern. Die Umsetzung von **Brancheninitiativen** ist hierbei eine Möglichkeit.

## 6. Gibt es eine Haftung für Unternehmen bei Menschenrechtsverletzungen in ihren Lieferketten?

- Das Gesetz schafft **keine neuen zivilrechtlichen Haftungsregelungen**. Es gilt weiterhin die zivilrechtliche Haftung nach deutschem und ausländischem Recht.

## 7. Müssen Geschäftsbeziehungen abgebrochen werden?

- Das ist **nicht Ziel** des Gesetzes. Vielmehr geht es darum, Verbesserungen beim Menschenrechtsschutz im Rahmen der unternehmerischen Möglichkeiten in den Zulieferbetrieben dauerhaft zu verankern.
- Es wird von **keinem Unternehmen** verlangt, die **rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen im Partnerland zu verändern**.
- Ein **Abbruch der Geschäftsbeziehungen** ist nur dann geboten, wenn eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung festgestellt wurde und die bisherigen Maßnahmen des Konzepts innerhalb einer gesetzten Frist nicht erfolgreich sind.
- Gleichzeitig wird es substantielle **Unterstützungsangebote** der Bundesregierung für Unternehmen geben.

## 8. Wie wird das Gesetz durchgesetzt?

- Das **Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle** gewährleistet die effektive Durchsetzung des Gesetzes. Es wird ein schlankes Berichtsverfahren aufbauen, auf dessen Grundlage die Kontrolle der Unternehmen sichergestellt wird.
- Bei Verstößen gegen das Gesetz sind **Bußgelder** möglich.
- Unternehmen können bei schwerwiegenden Verstößen bis zu drei Jahre von der **öffentlichen Beschaffung ausgeschlossen** werden.

## 9. Was ist neu hinzugekommen im Vergleich zum Regierungsentwurf?

- Das Gesetz gilt auch für **Zweigniederlassungen ausländischer Unternehmen in Deutschland**, wenn sie insgesamt mehr als 3.000 Mitarbeitende (ab 2023) bzw. 1.000 Mitarbeitende (ab 2024) in Deutschland beschäftigen.
- **Der Geschäftsbereich deutscher Unternehmen wird erweitert: kontrollierte Tochterunternehmen im Ausland** werden zum eigenen Geschäftsbereich gerechnet und gelten nicht als erster Zulieferer.
- Ein **weiteres Umweltabkommen**, das Basler Abkommen zu Abfallexporten, wurde ergänzt. Dieses dient auch dem Schutz der menschlichen Gesundheit.
- Beim mittelbaren Zulieferer gelten **Brancheninitiativen als angemessene Präventionsmaßnahme**.
- **Betriebsräte** müssen über die Umsetzung des Gesetzes informiert werden.
- Klarstellung: **Eine Verletzung der Pflichten aus diesem Gesetz begründet keine zivilrechtliche Haftung. Eine unabhängig von diesem Gesetz begründete zivilrechtliche Haftung bleibt unberührt.**
- Klarstellung: Wenn ein Produktionsland internationale Abkommen nicht ratifiziert hat, ist das per se **kein Grund, die Geschäftsbeziehungen in dieses Land abubrechen**.
- Ein neuer Titel: **Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)**.

## 10. Brauchen wir nicht europaweite Regeln?

- Das **Ziel** bleibt eine **einheitliche europäische Regelung**. Bis eine einheitliche europäische Regelung vorliegt, wird es voraussichtlich noch mehrere Jahre dauern.
- Die EU-Gesetzgebung sollte gleichermaßen einen Kompromiss finden zwischen einem besseren Schutz der Menschenrechte, **Machbarkeit für die Wirtschaft** und **Wirksamkeit für die Betroffenen**.
- Das deutsche Gesetz sollte als **Blaupause für ein europäisches Gesetz** dienen.